

Freiberger Anzeiger

und
Tageblatt.

Amteblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter und der Stadträthe zu Freiberg u. Brand.

N^o 35.

Erscheint i. Freiberg jed. Wochent. Ab.
6 U. für den and. Tag. Inser. werden
bis 11 U. für nächste Nr. angen.

Dienstag, den 13. Februar

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate
werden die gespaltene Zeile oder deren
Raum mit 8 Pf. berechnet.

1872.

+ Freiberg, 12. Februar 1872.

Das Turnier zwischen der preussischen Regierung und den Clerikalen erneute sich in den letzten Tagen bei der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz. In dem Kampfe, der von ultramontaner Seite absichtlich gegen den Staat provocirt worden, muß dieses Schulaufsichtsgesetz als die erste Verteidigungswaffe gegen die Herrschaft der Kirche bezeichnet werden. Die nothwendige Konsequenz wird sich dem Staate von selbst aufdrängen. Das Gesetz ist noch nicht die Trennung der Kirche von der Schule, denn es können nach wie vor Geistliche zu Schulinspectoren ernannt werden, aber es führt nothwendig zur Verwirklichung jenes Princip, welches von der liberalen Partei seit länger als einem Menschenalter aufgestellt ist.

Bis jetzt war der Geistliche, gleichviel ob er von Methodik und Pädagogik etwas verstand oder nicht, ob er Neigung und Fähigkeit zu dem Amte hatte oder nicht, der geborene Aufseher des Lehrers und der Schule. Den Einfluß, den er dadurch gewann, will er nicht opfern — das ist das Motiv, welches die Mehrzahl der Geistlichen in die stürmische Opposition gegen das Gesetz treibt. Wäre dieser Einfluß nicht, so würden nicht wenig Geistliche aus Liebe zur Bequemlichkeit das Amt recht gern opfern. Gerade dieser Einfluß aber, der in dem jetzigen Kampfe des Ultramontanismus gegen den Staat in der entschiedensten Weise hervortritt, mußte die Wachsamkeit des Staates aufrufen. „Wer die Schule hat, hat die Zukunft“ — ist ein altbekannter Grundsatz. Nun wohl, wenn es sich um die Frage handelt: ob Hierarchie oder Staat, so kann für Jeden, der sein Vaterland im Vaterlande und nicht in Rom sucht, die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Wohin soll es mit der Autorität des Staates kommen, wenn das Wort: „man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen“ immer nur im Sinne kirchlicher Herrschaft gedeutet und interpretirt wird?

Sowohl der Cultusminister Dr. Falk als auch Fürst Bismarck traten mit all' ihrer Energie für das Gesetz ein. Wie kommt es, fragte Fürst Bismarck, zur Partei des schwarzen Centrums gewendet, daß Sie seit Jahren unzufrieden sind, während Sie bis dahin der preussischen Regierung nicht Dank genug wissen konnten für die der katholischen Kirche eingeräumte Stellung? Wären sie eine rein confessionelle Partei, so wäre dies schon ein Fortschritt, aber Sie haben sich mit Elementen des Unfriedens belastet, indem Sie zunächst den Abgeordneten Windthorst als geschäftsleitendes Mitglied des Königs Georg bekannt, er hat nicht aufgehört, diesem Könige anhänglich zu sein, und wenn er sich hier an der Debatte betheiligte, so sind seine Worte nur das Del, welches die Flamme des Zornes nährt. Es klingt immer so, als säßen in der Regierung nur ruchlose Leute, die dem Könige stets Böses rathen, z. B. die Einführung eines Staates ohne Gott, während er allein an Gott glaube. Und wie stellt der Abg. Windthorst mich hin? Als sei ich nur den Majoritäten untergeben. Nun, ich habe gezeigt, daß ich ihnen widerstehen kann, wenn es das Wohl des Staates erheischt. Auch heute wäre ich noch dazu im Stande, wenn Herr Windthorst eine Majorität erlangte, denn ich würde glauben, er habe sie zu Unrecht erlangt. Dieser Herr macht so allgemeine Vorwürfe, die in Nichts begründet sind. Das wäre, als wenn ich allgemein sagte, Feinde suchen sich an den König zu brängen und ihm gefährliche Rathschläge zu geben, womit ich Niemand im Hause und Niemand aus der katholischen Fraction meine. (Bewegung.) Nein, entziehen Sie sich der weltlichen Führung; die Welfen haben mit Ihnen nichts gemein, sie haben nur das Bedürfnis, im Lande Unfrieden zu stiften. — Ein fetterer Bundesgenosse ist der polnische Adel mit seinen Bestrebungen, das alte Polen wieder herzustellen, denn die katholische Geistlichkeit, selbst deutscher Nationalität, unterstützt

diese Bestrebungen. Das ist der empfindlichste Punkt, wo der Kampf eröffnet ist. Die Polen gestehen diese Bestrebungen offen zu; wir haben dies bis jetzt ruhig angesehen und ohne die Parteinahme der Geistlichkeit würden wir es noch länger mit ansehen. So aber müssen wir Reime, die gefährlich zu werden drohen, ersticken. Wir dürfen nicht erlauben, daß Schulinspectoren den Unterricht in der deutschen Sprache unterdrücken. Bei dem früheren Unterrichtsminister v. Mähler waren alle Stellen mit Leuten besetzt, welche mit diesen Bestrebungen sympathisirten. (Hört! Hört!) Unsere Gutmüthigkeit ist zu Ende! Sie verlangen die polnische Sprache; wir aber werden Ihnen mit Gesetzen in Betreff der deutschen Sprache entgegenreten. (Beifall.) Wir haben hundert Jahre geschwankt; jetzt werden wir uns Frankreich in Bezug auf den Elsaß zum Muster nehmen. Ich will mit Männern, wie Reichensperger, Frieden in Ehren; das wird leichter sein, wenn er sich von vorhin Genannten trennt, weil er sonst mit den deutschen Verhältnissen in Conflict kommt. (Beifall.) Die Kirche ist der katholischen Geistlichkeit lieber, als die Entwicklung des Vaterlandes. (Rufe aus dem Centrum: Beweise.) Ach, meine Herren, greifen Sie doch in Ihren eigenen Busen. (Gelächter.) Sie werden mich auf der Bresche finden gegen alle Elemente, welche die Fundamente des Staates untergraben wollen; das gebietet mir das Christenthum und mein Glauben. (Lebhafter Beifall.) Gemiß wird Jedermann zugeben, daß diese Sprache des deutschen Reichkanzlers an Offenheit und Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es ist der offene Bruch mit dem Ultramontanismus und allen seinen Bestrebungen, und der Mann, welcher Paris und die Franzosen bezwang, wird hoffentlich auch im Kampfe mit Rom und den Römlingen nicht unterliegen. Wie sich voraussehen ließ, genehmigte das Abgeordnetenhaus natürlich das Schulaufsichtsgesetz.

Eine Klippe hat dasselbe doch noch zu umschiffen — das Herrenhaus. Dort sitzen die Männer in der Majorität, die in ihrer absonderlichen Verquickung der evangelischen Orthodorie mit antediluvianischen politischen Anschauungen dem Ultramontanismus goldene Brücken bauen. Doch können wir uns nicht denken, daß Fürst Bismarck in so energischer Weise vorgehen würde, hätte er sich nicht des Herrenhauses bereits versichert. Entweder begreift das Herrenhaus in seiner Majorität die eminente Bedeutung der Regierungsmaßregel und stellt sich auf die Seite des Staates, oder Fürst Bismarck muß bereits Mittel in Erwägung gezogen haben, durch welche der Widerstand dieser Patrs, wenn er nicht zu biegen ist, gebrochen werden muß. Denn eine Niederlage in dieser für die Existenz des Staates so hochwichtigen Frage wäre nicht eine Niederlage dieses oder jenes Ministers, auch nicht dieses oder jenes Ministeriums, sondern eine Niederlage des Staates selbst. Der Triumph des Ultramontanismus würde weit über die Grenzen Deutschlands hinaus ertönen und wir könnten uns von dieser Seite dann auf Maßregeln und Uebergriffe gefaßt machen, welche die Autorität des Staates auf das Vollständigste erschütterten.

Wir befürchten dies jedoch nicht, denn da Fürst Bismarck den Kampf einmal aufgenommen hat, so glauben wir auch, daß er seines Sieges sicher ist. Erst gegen das Ende dieses Monats dürfte die Berathung des Gesetzes im Herrenhause zu erwarten sein.

In den süddeutschen Kammern sind die sogenannten Reservatrechte (Sonderrechte) Gegenstand der Verhandlungen in den letzten Tagen gewesen. Die württembergische Kammer beschloß Uebergang zur Tagesordnung in der Erwägung, daß die Regierung an den Abstimmungen im Bundesrathe ohne Zustimmung der Stände theilzunehmen berechtigt sei, da die Bundesverfassung Württembergs durch diese Abstimmung gar nicht verletzt werden könne. Bei dieser Gelegenheit erhielt die Kammer die Zusicherung, daß ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz eingebracht werden soll. — In Baiern, wo die Verhandlung über dasselbe Thema erst später